

Rahmenvereinbarung zur Entfernung von Graffiti und Plakatierungen

zwischen

Technische Universität Berlin
Die Präsidentin
Straße des 17. Juni 135
D - 10623 Berlin

- nachfolgend Auftraggeber genannt -

und

Firmenname

Straße

PLZ Ort

- nachfolgend Auftragnehmer genannt -

- gemeinsam nachfolgend als die Partei(en) bezeichnet -

Inhalt

§ 1 - Vertragsgegenstand	3
§ 2 - Vertragsbestandteile	3
§ 3 - Vertragsdauer, Kündigung	3
§ 4 - Rabatte/Preise	4
§ 5 - Geschätzte Abrufmenge / Höchstmenge	4
§ 6 - Durchführung der Rahmenvereinbarung	4
§ 7 - Erteilung von Aufträgen, Berechtigung der Auftragserteilung, Leistungen des Auftragnehmers	5
§ 8 - Mitwirkungspflichten	5
§ 9 - Vertragsstrafe	5
§ 10 - Rechnung, Zahlung	6
§ 11 - Leistungsstörungen, Haftung	7
§ 12 - Geheimhaltung, Datenschutz	7
§ 13 - Einsatz von Unterauftragnehmern	7
§ 14 - Übertragung von Rechten und Pflichten	8
§ 15 - Leistungsanpassungen (change request)	8
§ 16 - Rücktritt und Antikorruptionsklausel	9
§ 17 - Gerichtsstand, Erfüllungsort	10
§ 18 - Schriftform, Salvatorische Klausel	10

§ 1 - Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Entfernung von Graffiti und Plakatierungen sowie Präventivmaßnahmen auf Grundstücken der Technischen Universität Berlin.
- (2) Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen sind der Leistungsbeschreibung und dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

§ 2 - Vertragsbestandteile

- (1) Vertragsbestandteile gelten in folgender Reihenfolge:
 - a) Diese Rahmenvereinbarung
 - b) die Leistungsbeschreibung
 - c) das Leistungsverzeichnis
 - d) die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der TU-Berlin für die Ausführung von Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) vom 02. Juni 2025
 - e) die Sicherheitsrichtlinie für Auftragnehmer bei Tätigkeiten an der TU Berlin vom 11.03.2024
 - f) die im Rahmen des Vergabeverfahrens abgegebenen Erklärungen des Auftragnehmers sowie im Verfahren veröffentlichten Vertragsbedingungen, besonderen Vertragsbedingungen und zusätzlichen Vertragsbedingungen
 - g) die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen), Teil B (VOL/B), in der aktuell gültigen Fassung,
 - h) die gesetzlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der aktuell gültigen Fassung.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

§ 3 - Vertragsdauer, Kündigung

- (1) Die Rahmenvereinbarung gilt vom 01.11.2026 bis zum 31.10.2028.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung durch Erklärung in Textform (§ 126b BGB) gegenüber dem Auftragnehmer zweimal um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Erklärung muss dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit zugehen.
- (3) Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Ausübung der Verlängerungsoption besteht nicht.
- (4) Das späteste Vertragsende ist der 31.10.2030. Vor Vertragsende beauftragte Leistungen sind zu den Bedingungen des Vertrages abzuschließen.
- (5) Der Auftraggeber kann aus wichtigem Grund kündigen, insbesondere wenn:

- der Auftragnehmer gegen gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Datenschutzbestimmungen verstößt
 - die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt oder eröffnet wird oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,
 - der Auftragnehmer wesentliche Vertragspflichten verletzt,
 - der Auftragnehmer wiederholt gegen vertraglich vereinbarte Ausführungsfristen verstößt,
 - nach Zuschlagserteilung festgestellt wird, dass der Auftragnehmer unzulässige Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen hat.
- (6) Der Auftragnehmer ersetzt Schäden, die durch eine berechtigte außerordentliche Kündigung entstehen.

§ 4 - Rabatte/Preise

- (1) Es gelten die angebotenen Nettopreise je Position.
- (2) Zusätzlich fällt die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Umsatzsteuer an.
- Die vereinbarten Preise gelten für mindestens 12 Monate dieser Rahmenvereinbarung ab Vertragsbeginn fest. Danach können beide Parteien eine Preisanpassung verlangen, wenn sich wesentliche Kostenfaktoren (Löhne, Energie, Entsorgungskosten, Materialkosten) nachweislich verändert haben.
- (3) Anpassungen müssen angemessen und anhand objektiver Indizes belegbar sein.
- (4) Die Vorlaufzeit für die Preisanpassung beträgt **mindestens 3 Monate** und unterliegt der schriftlichen Zustimmung der TU Berlin. Die TU Berlin kann die Zustimmung verweigern, diese kann nur aus sachlichen Gründen verweigert werden.
- (5) Die Berechnung zusätzlicher Preise außerhalb des Preisblattes ist ausgeschlossen.

§ 5 - Geschätzte Abrufmenge / Höchstmenge

- (1) Die Mengenangaben basieren auf derzeit verfügbaren Erfahrungswerten und dienen der Kalkulationshilfe.
- (2) Der Auftraggeber schließt jedoch nicht aus, dass ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von maximal 20 % der angegebenen Mengen entstehen kann.
- (3) Ein Anspruch auf eine Beauftragung in diesem Umfang besteht für den Auftragnehmer nicht.

§ 6 - Durchführung der Rahmenvereinbarung

- (1) Der Auftragnehmer erbringt Leistungen sorgfältig und fristgerecht.
- (2) Er stellt den Auftraggeber von Schäden frei, die aus schuldhaften Pflichtverletzungen resultieren.
- (3) Der Auftraggeber darf die Einhaltung der vertraglichen Pflichten prüfen.

§ 7 - Erteilung von Aufträgen, Berechtigung der Auftragserteilung, Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Die Leistungen werden vom Auftraggeber aufgrund der vorliegenden Rahmenvereinbarung sowie je nach Bedarf durch die Erteilung eines gesonderten Einzelauftrages (Abruf) beauftragt.
- (2) Zum Abruf von Einzelaufträgen aus der Rahmenvereinbarung ist allein die Universitätsverwaltung der TU Berlin (Abteilung IV - Gebäude- und Dienstemanagement) berechtigt.
- (3) Der Auftraggeber und Auftragnehmer benennen nach Abschluss dieser Rahmenvereinbarung den oder die Ansprechpartner und deren Stellvertreter unter Angabe der Kontaktdaten (Name, Telefon, E-Mail). Änderungen der Ansprechpartner sind unverzüglich der anderen Vertragspartei mitzuteilen.
- (4) Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass er den in der Leistungsbeschreibung festgelegten oder den im Einzelauftrag vereinbarten Leistungszeitpunkt nicht einhalten kann, so hat er den Auftraggeber unverzüglich unter Darlegung der Gründe in Textform (per Email) zu informieren.

§ 8 - Mitwirkungspflichten

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die für die Auftragsbearbeitung und Erfüllung der Einzelaufträge notwendigen Informationen zur Verfügung.
- (2) Darüber hinaus erbringt der Auftraggeber die für die Leistungen des Auftragnehmers aus den Einzelaufträgen erforderlichen Mitwirkungshandlungen, über die der Auftragnehmer vorab in Textform oder telefonisch informiert hat. Sofern die Mitwirkungsleistung des Auftraggebers zur Einhaltung des Terminplanes erforderlich ist, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber eine angemessene Zeit zuvor in Textform (per Email) unter Angabe der angeforderten Handlung sowie der davon abhängigen Fristen und Termine in Kenntnis setzen.

§ 9 - Vertragsstrafe

- (1) Für schuldhafte Überschreitungen der in der Leistungsbeschreibung sowie den Einzelaufträgen festgelegten Ausführungsfristen gelten die Vertragsstrafenregelungen gemäß Ziffer 10 der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB).

§ 10 - Rechnung, Zahlung

- (1) Forderungen aus dieser Rahmenvereinbarung sind dem Auftraggeber unter Angabe der Auftragsdaten, des Leistungsumfangs und der vertraglich festgelegten Preise nach erbrachter Leistung mit den entsprechenden Nachweisen jeweils an die abrufende Stelle der Technischen Universität Berlin, Zentraler Campus im Bezirk Berlin-Charlottenburg zu richten.
- (2) Die Abrechnung erfolgt i.d.R. in Stunden und Quadratmetern.
- (3) Die Rechnungsstellung erfolgt erst nach vollständig durchgeführter Leistungserbringung gem. Abruf.
- (4) Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich nach Abschluss der Rahmenvereinbarung zu benennendes Konto.
- (5) Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage netto.
- (6) Die Zahlungsfrist beginnt mit Eingang einer prüfbaren Rechnung im Original, frühestens jedoch mit Ablauf des Tages, an dem die abgerechnete Leistung vom Auftragnehmer ordnungsgemäß erbracht wurde. Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Absendung des Überweisungsauftrages an das Geldinstitut des Auftraggebers.
- (7) Bei Zahlung innerhalb von 14 Tagen nach Eingang einer prüfbaren Rechnung wird ein Skonto von 2 v. H. des Rechnungsbetrages abgezogen. Skonto wird von allen Zahlungen (einschließlich Zahlungen nach Zahlungsplan, Voraus-, Abschlags-, Schluss- und Teilschlusszahlungen) abgezogen.
- (8) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers statthaft.
- (9) Im Falle einer vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin mangelfrei erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Zahlungen sind im Falle der Beendigung der Rahmenvereinbarung zurückzuerstatten. Der Erstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, ist der Erstattungsbetrag mit acht Prozentpunkten über dem geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen. Der Auftragnehmer stellt die bis dahin geleisteten Arbeiten dem Auftraggeber zur Verfügung. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben davon unberührt.
- (10) Mit dem angebotenen Preis sind alle für die sachgerechte Ausführung der Leistung erforderlichen Aufwendungen, einschließlich der Kosten für Löhne, bedarfsabhängige Materialkosten, Versicherungen sowie alle sonstigen Abgaben und Kosten abgegolten.
- (11) Die Berechnung anderer oder zusätzlicher, als in dem jeweiligen Preisblatt angebotenen, Preise ist grundsätzlich ausgeschlossen.
- (12) **Rechnungen** sind in **zweifacher Ausfertigung** – vorzugsweise digital- und unter Angabe der Abrufnummer an die auftraggebende Bedarfsstelle bzw. angegebenen Rechnungsadresse der TU Berlin zu erstellen und mit dem unterschriebenen

Leistungsnachweis zu versehen.

- (13) Die Zahlung erfolgt durch die auftraggebende Bedarfsstelle nach vertragsgemäßer Leistungserbringung und Rechnungseingang gemäß den in den Vergabeunterlagen genannten Bestimmungen (AGB's der TU Berlin) bargeldlos.

§ 11 - Leistungsstörungen, Haftung

- (1) Bei Verletzung vertraglich vereinbarter Pflichten gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Verjährungsfristen richten sich ebenfalls ausschließlich nach den einschlägigen Regelungen des BGB.
- (2) Die Parteien haften einander für Personen-, Sach- oder Vermögensschäden nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 12 - Geheimhaltung, Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm zur Kenntnis gelangenden internen Angelegenheiten des Auftraggebers und seiner Dienststellen vertraulich zu behandeln, insbesondere Vorkehrungen zu treffen, dass solche Kenntnisse anderen Personen, außer den mit der Ausführung beauftragten, nicht bekannt werden. Er verpflichtet sich zur Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie der ergänzend anwendbaren Bestimmung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), insbesondere , die mit der Ausführung beauftragten Personen gem. § 53 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu verpflichten. Der Auftragnehmer ist auch selbst zur Einhaltung der Regelungen des § 53 BDSG verpflichtet.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sofern ihm Sozialdaten zur Kenntnis gelangen sollten, die Regelungen der §§ 67 ff des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) einzuhalten.
- (3) Erkennt einer der Vertragsparteien, dass eine geheimhaltungsbedürftige Information in den Besitz eines Dritten gelangt oder geheimhaltungsbedürftige Unterlagen verloren gegangen sind, so wird er den anderen Vertragspartner unverzüglich schriftlich unterrichten.
- (4) Die Geheimhaltungsverpflichtungen erstrecken sich über die Beendigung der Rahmenvereinbarung hinaus.

§ 13 - Einsatz von Unterauftragnehmern

- (1) Im Falle der Beauftragung von Subunternehmern (Unterauftragnehmern) hat der Auftragnehmer
- a) bei der Übertragung von Teilen der Leistung (Unterauftrag) die Regeln über die Berücksichtigung mittelständischer Interessen einzuhalten,
 - b) dem Subunternehmer auf sein Verlangen hin den Auftraggeber zu benennen,

- c) den Subunternehmer auf die Einhaltung der sich aus dem Vertrag ergebenden Pflichten, insbesondere auf die Einhaltung der Regelungen zum Datenschutz und zum Informations- und Prüfungsrecht hinzuweisen und sicherzustellen, dass der Subunternehmer diese Bestimmungen in gleicher Weise einhält wie der Auftragnehmer selbst,
 - d) durch entsprechende vertragliche Regelungen dafür Sorge zu tragen, dass die Einräumung sämtlicher Nutzungsrechte durch die Einschaltung von Subunternehmern nicht beeinträchtigt wird,
 - e) dem Subunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, Gewährleistung und Sicherheitsleistungen - einzuräumen, als sie zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbart sind,
 - f) dem Subunternehmer die Verpflichtungen aus den ergänzenden Vertragsbedingungen dieser Vereinbarung aufzuerlegen,
 - g) sicherzustellen, dass er gegenüber dem Subunternehmer die Bestimmungen des Preisrechts anwendet.
- (2) Eine Übertragung von Leistungen auf nicht bereits bei Zuschlagserteilung genehmigte Subunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- (3) Der Auftragnehmer haftet für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrages. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich über den Ausfall eines Subunternehmers zu informieren.

§ 14 - Übertragung von Rechten und Pflichten

- (1) Erfolgt die Übertragung der Rechte und Pflichten aus dieser Rahmenvereinbarung im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge auf einen Rechtsnachfolger, ist dies der anderen Partei rechtzeitig schriftlich mitzuteilen.
- (2) Eine Übertragung dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Rechte und Pflichten, die nicht unter Abs. 1 fällt, bedarf bei einer Einzelrechtsnachfolge der Zustimmung des anderen Vertragspartners, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

§ 15 - Leistungsanpassungen (change request)

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, Leistungsänderungen gemäß den nachfolgenden Absätzen vom Auftragnehmer zu verlangen.
- (2) Soweit sich nach Vertragsschluss die der Rahmenvereinbarung zugrunde liegenden Umstände, insbesondere die Anzahl der zur TU Berlin gehörenden Gebäude und Grundstücke wesentlich ändern, kann der Auftraggeber einen Anspruch auf vertragliche Leistungsanpassung verlangen. Voraussetzung ist, dass die Änderung erheblich ist und ohne Anpassung ein objektiv unangemessenes Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung entstehen würde.

- (3) Vertragsänderungen bedürfen grundsätzlich der Einigung beider Vertragspartner und sind ausschließlich in den Grenzen der Rahmenvereinbarung zulässig.
- (4) Auf ein Anpassungsverlangen des Auftraggebers muss der Auftragnehmer binnen zwei Wochen ab Zugang des Änderungsvorschlags folgende Informationen erteilen:
 - die Kosten der Umsetzung des Änderungsvorschlags, berechnet auf Basis der Zeit und Materialien zu ihren dann anwendbaren Sätzen oder als Pauschalangebot,
 - die Auswirkung auf die nach dieser Rahmenvereinbarung zu erbringenden Leistungen, die sich als Folge des Änderungsvorschlags ergeben und
 - alle weiteren Änderungen an dieser Rahmenvereinbarung, die infolge des Änderungsvorschlags notwendig sind.
- (5) Wird ein Anpassungsverlangen angenommen, so wird es von dem Zeitpunkt an wirksam, in dem sich die Parteien schriftlich auf seinen Inhalt und den Regelungsrahmen geeinigt haben.
- (6) Wird ein Anpassungsverlangen abgelehnt und können sich die Parteien nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten auf eine Möglichkeit zur Umsetzung des Anpassungsverlangens des Auftraggebers einigen, ist der Auftraggeber berechtigt, die Vergütung nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB festzusetzen. Die Festsetzung hat unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mehr- oder Minderkosten sowie der marktüblichen Preise zu erfolgen. Die Vergütungsbestimmung ist für den Auftragnehmer nur verbindlich, wenn sie der Billigkeit entspricht.

§ 16 - Rücktritt und Antikorruptionsklausel

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, von dieser Rahmenvereinbarung zurückzutreten, wenn beim Auftragnehmer ein zwingender Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund gemäß § 124 Abs. 1 GWB vorliegt. Dies umfasst insbesondere nachweisliche schwere Verfehlungen, unzutreffende Eigenerklärungen sowie die nicht ordnungsgemäße Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen.
- (2) Ein Ausschlussgrund liegt insbesondere vor, wenn das Angebot des Auftragnehmers auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beruht. Hierzu zählen insbesondere Absprachen über Preise, Angebotsabgaben und Ausfallentschädigungen (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben).
- (3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber alle Schäden zu ersetzen, die dem Auftraggeber unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt von der Rahmenvereinbarung nach Absatz 1 oder Absatz 2 entstehen. Sofern der Auftraggeber keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer an den Auftraggeber eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 3 % der erwarteten Brutto-Auftragssumme der Rahmenvereinbarung, ohne Verlängerungsoptionen, zu zahlen. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.

- (4) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 124 Abs. 1 Ziff. 3 GWB vor, weil der Auftragnehmer nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung § 333 StGB oder Bestechung § 334 StGB) oder eine vergleichbare nachweisbare Verfehlung außerhalb redlicher geschäftlicher Gepflogenheit begangen hat, kann der eine Vertragsstrafe verlangen. Die Vertragsstrafe beträgt bis zu 5 % des Bruttoauftragswertes dieses Vertrages. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 17 - Gerichtsstand, Erfüllungsort

Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dieser Rahmenvereinbarung ist, Berlin.

§ 18 - Schriftform, Salvatorische Klausel

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Elektronische Textform (z.B. E-Mail genügt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt eine Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung in rechtlich zulässiger Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Vertragslücken.

Beide Parteien haben eine Fassung dieser Rahmenvereinbarung nebst Anlagen erhalten.

Anlagen

Anlage 1: Leistungsbeschreibung der TU Berlin

Anlage 2: Angebot und Preisblatt des Auftragnehmers und Anlagen gem. §2

Berlin, den _____

_____, den _____

Auftraggeber

Auftragnehmer

(Unterschrift)

(Unterschrift)